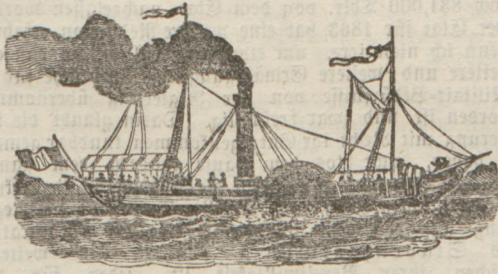


# Danziger Dampfboot.

№ 221.

Montag, den 22. September.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschiffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spalzseite 9 Pfg., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:  
In Berlin: A. Reitemeyer's Centr.-Btg.-u. Annonc.-Bür.  
In Breslau: Louis Stangen.  
In Leipzig: Heinrich Hübler und C. Nagen.  
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haafenstein & Vogler.

Bestellungen auf das mit dem 1. October beginnende neue Quartal der Zeitung **Danziger Dampfboot** werden bei allen Königl. Postanstalten, wie hier am Orte in der Expedition, mit 1 Thlr. pro Quartal angenommen. Das Monats-Abonnement beträgt hier am Orte 10 Sgr.

Zugleich ersuchen wir die Freunde unserer Zeitung, für die weitere Verbreitung derselben geneigt mitwirken zu wollen. Die Redaction wird bestrebt sein, durch schnelle Mittheilung und eine sorgfältige Zusammenstellung der neuesten politischen Nachrichten, sowie durch Besprechung aller wichtigen localen und provinziellen Angelegenheiten, den Anforderungen, welche an eine Provinzial-Zeitung gestellt werden können, zu genügen.

## Telegraphische Depeschen des „Danziger Dampfboots“.

München, Sonnabend 20. September.  
Die Versammlung der großdeutsch gesinnten Volksvertreter wird am 22. October d. J. in Frankfurt a. M. ihren Anfang nehmen.

Wien, Sonnabend 20. September.  
In der heutigen Sitzung des Unterhauses sagte der Finanzminister in Entgegnung der Interpellation Gistra's, die Regierung habe bisher der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft nur den vom Reichsrathe bewilligten Zinsgarantiebetrag gezahlt. Es stehe wahrscheinlich eine Klage der Gesellschaft bevor. Sollten nun die Reichsgutachten einen ungünstigen Ausgang des Prozesses in Aussicht stellen, so könnte die Regierung es zum Prozesse füglich nicht kommen lassen. Diese Eventualität habe er bei der bekannten Erklärung im Auge gehabt.

Das Gesetz, Betreffs Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches, ist vom Hause angenommen worden.

Turin, Freitag 19. September.  
Der Prinz und die Prinzessin Napoleon werden am 24. hier erwartet.

In Neapel wird der Belagerungszustand noch einige Zeit aufrecht erhalten bleiben.

Belgrad, 21. September.  
Ushiba wird von den Serben regelmäßig belagert und sind bereits Belagerungsarbeiten angelegt worden. Semandria und Schabatz werden von den Serben cernirt. Die Besatzung wird durch häufiges Gewehrfeuer heimgesucht. Geflüchtete aus beiden Städten sind in Belgrad angekommen.

Paris, Sonnabend 20. September.  
Nach dem „Siede“ würde die Legislative nicht aufgelöst, sondern bis nach einer persönlichen Rüterung in der Administrative demnächst geschlossen werden.

London, Sonnabend 20. September.  
Mit der Ueberlandpost eingetroffene Berichte melden aus Canton vom 10. August, daß in Canton und Macao ein sehr heftiger Dikan einen beträchtlichen Schaden verursacht habe und daß dabei viele Personen um das Leben gekommen seien. In Chefoo herrschte die Cholera. In Tonquin war eine Insurrektion ausgebrochen. An der Spitze der nach Hunderttausenden zählenden Insurgenten steht Thoong. Die Berichte aus Japan bestätigen, daß die fremden

Gesandten Jeddo verlassen haben. Die große Zusammenkunft der Damos hatte noch nicht stattgefunden.

Petersburg, Sonnabend 20. September.  
Ein kaiserliches Manifest besteht 1863 nach 6jähr. Suspension der Rekrutierung 5 Mann von jedem Tausend der Bevölkerung auszuheben. Die Rekrutierung beginnt am 15. Januar.

New-York, Mittwoch 10. September.  
Mac Clellan hat Washington verlassen und marschirt behufs eines Angriffs auf die Conföderirten gegen den Norden von Maryland. Die vor Baltimore ankernde Bundesflotte will die Stadt, falls die Conföderirten sie einnehmen, zerstören. Die strengen Conscriptiionsordres sind zurückgenommen worden. Viele Familien verlassen Washington. In dem Congresse der Conföderirten ist eine Gesetzesvorlage behufs einer neuen Aushebung von 300,000 Mann eingebracht worden.

Wien, 19. September.  
In einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung von Abgeordneten und sonstigen politischen Persönlichkeiten beschloß man, die nach Weimar ausgeschriebene Versammlung deutscher Volkvertreter nicht zu besuchen. Der frankfurter Gegencongreß findet wahrscheinlich am 21. October Statt. (S. N.)

## Landtag. Haus der Abgeordneten.

50. Sitzung, Berlin 20. September.  
Tagesordnung: Fortsetzung der Militärdebatte.  
Zunächst referirt der Abg. v. Baerth über die gestrigen und vorzeitigen Beratungen und Beschlüsse der Budget-Commission und beantragt dem Commissions-Beschlusse beizutreten.

Präsident Grabow eröffnet die Diskussion über diesen Antrag. Er ergreift zunächst das Wort der Kriegsminister v. Roon: Es handelt sich zunächst um den Etat für das Jahr 1862. In Bezug darauf halte ich an meiner ersten Erklärung fest, und wenn der Referent meinte, ich hätte so weit meine Entschliebungen geändert, daß ich darauf gebrungen hätte, einzelne Punkte in dem Amendement nicht zu acceptiren, so habe ich vielmehr in der gestrigen Commissions-Sitzung erklärt, daß ich mir darüber die Diskussion vorbehalten müsse, weil ich die Meinung habe, es könne der Staatsregierung wohl gelingen, das Haus zu überzeugen, daß die von dem Antragsteller proponirten Ersparnisse besser an andern Punkten zu machen seien. Was die Ablehnung der zweijährigen Dienstzeit anbelangt, so hat der Referent nach meiner Meinung in der Sache vielleicht vollkommen Recht, aber es ist davon im Allgemeinen gestern nicht die Rede gewesen; ich habe mich darauf beschränkt, zu erklären, daß das Amendement für das Jahr 1863 unannehmbar sei, und zwar aus denjenigen Gründen, welche ich in der Commission vorgetragen habe.

Abg. Dr. Simson (Fraction Vinde:) Meine Herren! Ich habe die Aufforderung des Herrn Präsidenten in Ansehung der jetzigen Debatte von Hause aus richtig verstanden, und da ich den Antrag, den Ihre Commission einstimmig gestellt hat, als durch Ihre beiden Verhandlungen vom gestrigen und vorgestrigen Tage vollkommen motivirt erachte, mich zur Unterstützung dieses Antrages zum Wort gemeldet. Sie wissen, meine Herren, daß meine politischen Freunde und eine Anzahl verehrter Mitglieder vor wenigen Tagen sich für ein Amendement erklärt haben, das nicht aus unsern Reihen hervorgegangen war, von dessen Angemessenheit für die gegenwärtige Sachlage wir uns aber, je länger wir uns damit beschäftigten, um so mehr überzeugten. Das Amendement stellte in seinem Teneur nur eine Verstärkung der Bewilligung für 1862 in Aussicht, die der Biffer nach vielleicht kaum der Erwähnung werth war. Der Kern des Antrags lag in den ihm beigelegten Motiven, die mit den Worten begannen: „Bis im nächsten Winter (also in den nächsten Monaten) ein Definitivum durch Uebereinstimmung der drei Factoren der Gesetzgebung festgestellt werden kann, ist es notwendig, die jetzige Organisation der Armee provisio-

risch aufrecht zu erhalten.“ An diese Motive knüpfte sich ein fernerer Antrag, von denselben drei Antragstellern und einem vierten (aus unserer Mitte) herrührend. Er bezog sich auf das Jahr 1863 und sollte die eigentliche Wirkung und Bedeutung unseres Gedankens, als eben für dieses Jahr 1863 berechneter, kenntlich machen. Der Sinn des ganzen Antrags und sein Verhältnis zu dem der Majorität Ihrer Commission und zu dem mutmaßlichen Beschluß der Majorität dieses hohen Hauses ist wiederholentlich, namentlich in zwei Reden, schlagend entwickelt worden, auf die ich nicht erst nöthig habe, unter besonderer Nennung der Redner hinzuweisen. Unsere Intention ging dahin, die gegenwärtige Reorganisation des Heeres, unter ausdrücklichem Vorbehalt sofortiger gesetzlicher Regulirung derselben, aufrecht zu erhalten, soweit wir sie für heilsam und ausführbar erachteten. Wir wollten einen Zustand des Ueberganges vermeiden, Wir wollten den Zustand von 1859 und der Zustand von 1862, welchem von beiden man sich auch definitiv zuwenden mochte, wie eine Art von Eldorado erscheinen mußte, — einen Zustand, dessen Dauer vorherzusehen unmöglich war, und der uns während dieser seiner unberechenbaren Dauer auch unberechenbaren Wechseln preisgeben konnte. Wir treten einem Antrag entgegen, der die schweren Berausgaben, welche das Land für die Anfänge der Reorganisation seit drei Jahren getragen hat, zu völlig nutzlosen Verschwendungen machen würde, zu Verschwendungen, die auch durch diesen Beschluß nicht im Geringsten wiedererlangt werden könnten, zu denen aber die schweren Kosten der Zurückführung von 1862 auf den von 1859, und dann wieder die Kosten der Zurückführung des Zustandes von 1859 auf den von 1862 oder einen diesem ähnlichen gewichtig genug hinzugekommen wären. Für die entgegengesetzten Meinungen, die in dieser Debatte von beiden Seiten des Hauses mit so viel Wärme und Energie vertreten worden, konnte von dieser oder jener Seite — richtig oder unrichtig — auf die Majorität des Landes, als hinter den Rednern stehend, hingewiesen werden. Aber mit unwiderleglicher Gewißheit konnten wir behaupten, Eines verlange das Land, das ganze Land ganz unweifelhaft: die schnelle, definitive, gesetzliche Austragung dieses ganzen Streites (Sehr richtig! im Centrum), die Austragung desselben nicht im Wege eines Waffenstillstandes, sondern im Wege eines Friedens; eine Austragung, die dem Lande möglich machen sollte, seine großen inneren Ausgaben, seine Aufgaben für Deutschland wieder einmal ungehemmt aufzunehmen und ins Auge zu fassen. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Wir dachten, meine Herren, daß das Land demjenigen danken würde, der ihm zu diesem Frieden verhülfe, und ich will nicht verhehlen, daß wir auch sehr wohl wußten, wenn vor Allen wir diesen Dank des Landes gegönnt haben würden. Ohnehin schien sich das Amendement nach beiden Seiten hin zu empfehlen. Es enthielt nach unserer Auffassung alle Bedingungen eines echten Compromisses: es empfahl sich darum politisch mehr, als jede andere Erledigung des Streites. Es schien uns endlich im Wesentlichen nur das jetzt schon festzustellen, worauf später und schließlich auch die Majorität dieses Hauses hätte hinauskommen müssen. Die Abstimmung hat ergeben, daß dieser Ansicht ungefähr ein Fünftheil des Hauses beigetreten ist. Die eigentlichen Urheber des Antrages haben ihn demnächst fallen lassen; aber, wenn ich die unerwartete Manipulation meines verehrten Freundes, des Mitgliedes für Brandenburg, recht verstanden habe, nur in dem Sinne, daß er den ferneren Abstimmungen keinen weiteren Zeitaufwand bereiten wolle. — (Zeichen der Zustimmung von Seiten des Abgeordneten Stavenhagen) nicht in dem Sinne, daß er von seinen Anschauungen in Bezug auf den Grund der Abstimmung abgegangen wäre. Wir, meine Herren, haben demnächst den Antrag wiederum aufgenommen, und da gleich es in der vorgestrigen Sitzung völlig unerwartet — zu unserer Ueberraschung nicht weniger, als zu der Ihrigen — daß die königl. Regierung auf diesen Antrag eingehen zu können erklärte. Der Herr Kriegs-Minister in seiner diesfälligen Aeußerung würdigte den Antrag ganz richtig, wenn er hervorhob, „es sei in ihm ein Vorbehalt in Bezug auf den Etat von 1863 gemacht,“ und wenn er behauptete, „sich darüber gar nicht unklar zu sein, daß dieses Amendement pro 1863 den eigentlichen Kern der ganzen Frage bilde.“ Ich wüßte auch nicht, wie bei einer andern Auffassung der Herr Kriegs-Minister den Verhandlungs-Antrag, den der

verehrte Vorsitzende der Budget-Commission alsbald erhob, und dem das hohe Haus dann seine Zustimmung gewährt hat, ohne alle Erinnerung hätte können vorüber geben lassen. War es denn zu denken, daß für den Vorschlag eines geringfügigen Abzugs von 200,000 und einigen Thalern ein mit dem Gange der Budget-Berathungen so vertrautes Mitglied, wie der Vorsitzende der betreffenden Commission, Ausdrücke gehabt haben würde, wie die: „Die Erklärung, die wir soeben von dem Hrn. Kriegsminister vernommen haben, ist eine zu wichtige, als daß wir sie nicht einer reiflichen Prüfung in der Commission unterwerfen sollten? Das Mittel und der Zweck wären in dem entschiedensten Mißverhältnisse gewesen, wenn der Herr Kriegsminister mit seiner Erklärung nichts in Aussicht stellen wollte, als daß er in einer Reihe einzelner Positionen zusammen von dem Etat für 1862 von 30—40 Millionen nicht ganz eine Viertel Mill. abzulassen bereit sei! Wenn ich sage, wir seien durch die Erklärung der Staats-Regierung überrascht worden, so setze ich freilich hinzu: „freudig überrascht“. Wir dachten uns, in einer solchen Lage gäbe es kein „trop tard“; man müßte die dargebotene Hand annehmen, wie spät und nach wieviel Mißverständnissen und Fehlgreifen sie uns auch dargeboten wurde. (Bravo rechts.) Nun, meine Herren, ist die desfallsige Bewegung der königl. Regierung — auch nach unserer Auffassung — in den Verhandlungen der Budget-Commission leider wiederum rückläufig geworden. Warum? darüber getraue ich mir kein Urtheil auszusprechen. Ich stehe mit Bedenken vor jedem Urtheil, daß ich darüber fällen möchte: ich mag mir nun vorstellen, daß die erste Erklärung eine Ueber-eilung war, oder daß die zweite auf einem plötzlichen Sinneswechsel der Mitglieder der königlichen Regierung beruhte — einem Wechsel, für den ich bei der gegenwärtigen Lage unserer Verhältnisse und unserer Zustände kaum in der Lage sein würde, ein trofenes und nicht früher die parlamentarischen Grenzen hinaus verlegendes Wort zu finden! (Bravo!) Noch schlimmer, meine Herren, wenn ich mich einer dritten Auffassung zuwenden müßte, für die ich aus anderem Grunde vergeblich nach einem geeigneten Ausdruck suche; vielleicht gelinzt mir folgende Umschreibung: Es läßt sich denken, die königl. Regierung habe in diesem Rückläufigwerden ihrer Bewegung und dessen Kundgebung gerade das edelste Gut ungewahrt gelassen, ja gefährdet, das ihrer Obhut überhaupt anvertraut worden ist, und dessen Wahrung für unsere Freiheit und für unsere Geltung — höher steht, als irgend ein anderer politischer Besitz, dessen wir uns rühmen dürfen! Denn es bleibt, meine Herren, auch nach der heutigen Erklärung des Herrn Kriegsministers stehen, daß er die in der ersten Sitzung der Budget-Commission in Aussicht gestellte Erweiterung und Erläuterung desjenigen, was er in der Plenarsitzung des Hauses vorgebracht hat, nicht gegeben hat.

Abg. Stavenhagen bemerkt: Die Natur der von ihm und seinen Freunden gestellten Anträge sei hinlänglich schon in einer früheren Sitzung dargelegt worden. Dieselben hätten nicht als Vermittlungsanträge zu gelten, sie wären nicht in der Voraussetzung gestellt worden, daß sie von der Regierung angenommen werden sollten, sondern sie wären dem Hause zur Annahme empfohlen, gleichviel, ob dies der Regierung willkommen oder nicht. Seine Freunde und er hätten nur das Material im Auge gehabt.

Kriegsminister v. Roon: Ich will mich darauf beschränken, zu constatiren, in welcher Weise diese „Episode“ von Seiten der königlichen Staatsregierung aufgefaßt wird und wie ich wünsche, daß sie aufgefaßt werde. Bereits in der Sitzung vom 15. September habe ich den Punkt, der gegenwärtig allen andern voransteht, ausdrücklich berührt; ich habe damals gesagt: die Frage über die Zulässigkeit einer anderweitigen gesetzlichen Regulirung will ich nicht discutiren, ich will nur constatiren, daß selbst wenn die Regierung auf eine weitere Verkürzung der Dienstzeit eingehen und dem auch einen entsprechenden Ausdruck geben sollte, sie für 1863 doch kaum in der Lage dazu zu sein glaube. Dann habe ich die verschiedenen technischen Schwierigkeiten angedeutet. Dieser selbe Standpunkt, den ich am 15. Sept. einnahm, gab mir die Worte in den Mund bei der Erklärung vom 17. Sept., mit dem kurzen Unterschied, daß ich am 17. ausdrücklich hinzufügte, daß die königl. Staatsregierung um einen Beweis ihres Entgegenkommens zu geben, gewillt sei, das Amendement Stavenhagen zu acceptiren, so schwer es ihr auch werde, die darin vorgeesehenen Reductionen für 1862 noch auszubringen.

Abg. Immermann: Ich habe jetzt nur noch ein kurzes Wort an den Herrn Kriegsminister zu richten. Er meint, daß die Regierung die Hand zur Verhöhnung geboten hätte, und daß diese Hand von uns zurückgewiesen worden wäre. Wenn dieser Vorwurf begründet, so würde unsere Stellung dem Lande gegenüber eine sehr schwierige sein. Bis jetzt aber hat Niemand einen Vorschlag der Regierung, der wirklich entgegenkommend gewesen wäre, entdecken können. Ich bitte den Kriegsminister, den Akt, der verständlich, die Proposition, die annehmbar gewesen, näher zu bezeichnen. Ich bitte ihn, dies in der zwölften Stunde noch zu thun und zwar im Interesse der Regierung selbst. Kann er dies nicht, dann wird Niemand im Lande glauben, daß wir es gewesen sind, welche die dargebotene Hand zurückgewiesen haben.

Kriegsminister v. Roon: Es ist nicht leicht, auf eine Frage zu antworten, die in solcher wichtigen Angelegenheit in, wenn auch nicht überraschender Weise, so doch mit solcher Feierlichkeit gestellt wird. Meine Herren! Die Regierung ist der entschiedenen Ueberzeugung, daß sie dergleichen entgegenkommende Schritte gethan hat (Widerspruch), und zwar bestehen diese Schritte darin, daß die Regierung wider ihre Wünsche und wider ihre bessere Ueberzeugung von dem, was zweckmäßig ist, die bedeutendsten finanziellen Propositionen der Landesvertretung in Betreff der Budget-Aufstellung von 1862 und 63 entgegengebracht hat. Ich bin auf die Frage nicht vorbereitet, ich will aber Folgendes constatiren: Bis zum Jahre 1862 und zwar bis zum 1. Juli 1862

bedurfte der Etat zur Befriedigung der Mehrbedürfnisse für das Militär der Zuschlagsteuern von etwa 37 Millionen. Diese Zuschlagsteuern sind nicht weiter in Angriff genommen, und das konnte nur geschehen, indem diese Bedürfnisse für das Militär wesentlich beschränkt wurden. Das Budget für 1861 brachte eine Ziffer von nahe an 41 Millionen. Nichtsdestoweniger hat schon damals die Regierung in Anbetracht der finanziellen Verhältnisse des Landes und der vielfach geäußerten Bedenken gegen die Leistungsfähigkeit dieses Budget freiwillig reducirt auf eine Summe von 38,610,000 Thlr. Die Regierung hat ferner nach Wegfall der Zuschlagsteuern eine weitere Reduction des Etats für 1863 auf 38,638,000 Thlr. reducirt worden und nach Wegfall der Zuschlagsteuern sind noch 831,000 Thlr. von dem Etat nachgelassen worden. Der Etat für 1863 hat eine weitere Reduction erfahren, wenn ich nicht irre, um etwa 1½ Million, so daß eine weitere und weitere Ermäßigung der Ansprüche für die Militär-Bedürfnisse von der Regierung übernommen worden ist, und zwar freiwillig. Darin glaubt die Regierung mit Recht ihr Entgegenkommen kundbar gemacht zu haben, nicht bloß dem Hause sondern dem ganzen Lande. Ich muß nun noch die allgemeine Bemerkung daran knüpfen, daß auch die Bereitwilligkeit der Regierung auf den Etat für 1862 mit der Modification des Stavenhagen'schen Antrags ein weiteres Zeichen ihrer Bereitwilligkeit ist, jeden für das Land nachtheiligen, für die Regierung unbequemen und für das Haus präjudizirlichen Eindruck vermeiden zu wollen. Diesen Thatfachen gegenüber kann ich nicht umhin, meine innige Ueberzeugung auszusprechen, daß es mir nicht zweifelhaft scheint, es werde im Lande doch vielleicht die positive Ablehnung des Etats für 1862 schwerlich die Billigung finden, welche die Herren davon erwarten (oh! oh!) Es wird mir erlaubt sein, in dieser Beziehung meine Erwartungen auszusprechen, wie es von den Gegnern geschehen ist. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß ein solches Votum in seiner Widerfährigkeit (lebhafter Widerspruch) ich bitte um Verzeihung, aber ich finde augenblicklich keinen andern Ausdruck.

Präsident Grabow: Ich muß dem Herrn Kriegsminister bemerken, daß der Ausdruck ein nicht parlamentarischer ist.

Kriegsminister: Ich habe das selbst schon anerkannt; ich finde, wie gesagt, aber keinen andern Ausdruck und bedauere, wenn ich gegen den parlamentarischen Gebrauch verstößt habe, meine Absicht war es nicht. Ich meine, wenn ein solches Votum gefaßt wird, so kann es nach meiner Meinung unmöglich den Eindruck machen, den die Herren erwarten, sondern es wird vielmehr den Eindruck hervorrufen, daß das starke Festhalten an dem, wie Sie sagen, Rechte des Hauses nicht hätte geschehen können, ohne die Pflichten zu verletzen, von denen ich glaube, daß das Land sie von Ihnen erwartet. Ich meine die Consequenzen sind von der Art, daß man zu einem solchen Votum in der That nicht gelangen sollte.

Abg. Freiherr v. Vinde (Stargardt): Wenn ich den Gang der Debatte richtig aufgefaßt habe, so hat er ausnahmsweise, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf, mehr eine gemüthliche, als sachliche Färbung. Zwei That-sachen aber glaube ich als ein meiner Ansicht nach feststehendes Resultat der bisherigen Debatte betrachten zu dürfen: einmal eine traurige und dann eine meiner Ansicht nach angenehme. Die traurige ist die, daß wir von jetzt an auf das gehoffte Entgegenkommen der königl. Staats-Regierung uns keine Rechnung mehr zu machen haben.

Die angenehme ist die, daß vielleicht in Folge dessen die Meinungen in diesem Hause, wenn ich die Sache richtig auffasse, sich mehr genähert haben, als wir es vielleicht in den letzten Wochen erwarten konnten. Wenn der Herr Kriegsminister auch heute noch von mehrfach bethätigtem Entgegenkommen der Regierung sprach; wenn er uns mehrere Momente, worin er dies Entgegenkommen dargelegt haben will, anführte, so bedauere ich, entschieden anderer Ansicht sein zu müssen. Wenn namentlich der finanziellen Conzessionen der Vergangenheit gedacht ist, so muß ich mir erlauben, daran zu erinnern, daß der für das Land und für den Beutel sämmtlicher Steuerpflichtigen wesentlichste Erlaß des Zuschlages von 25 pCt. vom 1. Juli d. J. ab der Zeit nach nicht hineinfällt in die Verhandlungen dieses Hauses, sondern mein Gedächtniß mich nicht ganz täuscht, diese Thatfache bereits vor den Wahlen eingetreten ist, (sehr richtig!) also, wie mir scheint — ich will der Reg. daraus keinen Vorwurf machen — mit der entschiedenen Intention, durch dies sehr materielle Factum auf die Wahlen einen Einfluß auszuüben (Heiterkeit). All' andere Conzessionen, sofern sie die Ausgaben, die Verwendung der Steuern, also Positionen des Etats betreffen, sind für dieses Jahr nur eine Absehung von etwa 800,000 Thlr. und für das künftige Jahr eine fernere Absehung von etwas über eine Million, und wir wissen, daß namentlich die letztere Reduction eigentlich nur eine illusorische ist, da sie nur darin besteht, daß gewisse nach der weisen Vorsicht früherer Vorgänger des Herrn Ministers in der Militär-Verwaltung aufgestapelte Bestände angegriffen, daß sie consumirt werden, damit also eine außerordentliche Einnahme geschaffen werden soll, aber keineswegs eine Herabsetzung der Ausgaben; und wenn ich in Bezug auf diese angeblichen finanziellen Reductionen den Brief, den ich bis jetzt noch nicht angeführt habe, den ich aber jetzt anführen muß, den Brief des heute leider abwesenden Herrn Finanzministers an den Kriegsminister, also ein authentisches Document von den Intentionen des in dieser Beziehung sachkundigsten eigentlichen Fach-Ministers, des Herrn Finanzministers, wenn ich diesen Brief anführe, der eine Ersparniß für dieses Jahr von 2½ Mill. verlangt, die der Herr Finanzminister für zulässig und für geboten hielt, um den Schein zu vermeiden, als ob man für begründete Anforderungen des Landes eine Fonds mehr hätte, so zerfallen diese finanziellen Reductionen vollständig in nichts; also mit allem diesen Entgegenkommen aus der Vergan-

genheit möge man uns verschonen. Wenn von Entgegenkommen überhaupt die Rede sein kann, so wird es sich immer nur handeln um die Anforderungen, welche die große Majorität — und ich komme darauf zurück, das Haus fast einstimmig an die Regierung richtet.

Abg. Stavenhagen (gegen den Kriegsminister) persönlich: Wenn der Kriegsminister gesagt, er habe in der Commission die Nichtzulässigkeit der 2jährigen Dienstzeit überzeugend nachgewiesen, so müsse er für seine Person einwenden, daß er nicht überzeugt worden.

Der Kriegsminister: Schon in der vorgestrigen Sitzung der Commission habe er erklärt, daß die Regierung auf die 2jährige Dienstzeit nicht würde eingehen können, nicht erst in der gestrigen, wie Abg. v. Bodum-Dolffs erklärt.

Nachdem der Referent Baron v. Baerst den Commissions-Antrag nochmals befürwortet und namentlich hervorgehoben, daß auf die vom Kriegsminister in der Commission vorgebrachten Details erst bei Vorlegung eines Organisationsgesetzes einzugehen gewesen wäre und er selbst nach Ausweis heute getreulich referirt habe, wird der Commissions-Antrag mit allen gegen eine Stimme (Abg. Busse) angenommen.

Es wird darauf in der Verathung des Militär-Etats fortzufahren.

Zu Titel 5 „Persönliche Ausgaben für die Militär-Intendantur“ beantragt die Commission „den Betrag von 32,400 Thlr. (Reorganisationskosten) zu dem Extraordinarium der Kriegsbereitschaft zu verweisen und ihn dort abzulegen und den Tit. 5 mit 140,415 Thlr., gegen das Vorjahr, mehr 3700 Thlr., bestehend in Zulagen für die Abtheilungsvorstände, zu genehmigen“. Zur Fragestellung beantragt Abg. v. Patow, da die Regierung sich mit dem Stavenhagen'schen Amendement einverstanden erklärt habe, nicht den Etat, sondern dieses Amendement (welches statt 32,400 Thlr. 15,610 Thlr. streichen will) der Abstimmung zu Grunde zu legen.

Das Haus genehmigt hierauf die 140,415 Thlr. mit allen gegen etwa 10 Stimmen (Conservativen u. v. Püschl), stellt die 32,400 Thlr. ins Extraordinarium und setzt hier 15,610 Thlr. vom Etat ab. Ueber die Frage, ob die noch verbleibenden 16,790 Thlr. zu bewilligen, erfolgt namentliche Abstimmung. Mit „Nein“ stimmen 276 Abgeordnete, mit „Ja“ 65 Abgeordnete. (Fast dieselbe Minorität, wie in der Abstimmung vom 16. Septbr., mit Ausnahme einiger heute abwesender Abgeordneten.)

Unter Tit. 6 (sachliche Ausgaben) werden den Anträgen der Commission gemäß 16,729 Thlr. angenommen, 1800 Thlr. dagegen in das Extraordinarium verwiesen und daselbst von der bisherigen Majorität abgelehnt.

Unter Tit. 7 (Militärgeistlichkeit — persönliche Ausgaben) werden zunächst 800 Thlr., die dem früheren Fehlpfost als persönliche Entschädigung bewilligt gewesen sind, nach einer kurzen Befürwortung dieses Postens durch den Regierungs-Commissar abgelehnt. Darauf werden den Anträgen der Commission gemäß 56,709 Thlr. bewilligt, 2580 Thlr. wie vorhin in das Extraordinarium gestellt und abgelehnt.

Zu gleicher Art werden in Tit. 8 (sachliche Ausgaben) 5260 Thlr. genehmigt und 1390 Thlr. abgelehnt.

Bei Tit. 9 (Militär-Justizverwaltung. Persönliche Ausgaben) hat die Commission einstimmig den Antrag gestellt: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Militärgerichtsbarkeit in Betreff der gemeinen Verbrechen und Vergehen aufgehoben, und sodann die Zahl der betreffenden Gerichtsbeamten vermindert würde, und diese Resolution wird nach kurzer Debatte, in der sich die Abgg. v. Patow und Reichensperger (Bodum), gegen die Abgg. v. Stavenhagen und Oterath für den Antrag aussprachen, fast einstimmig angenommen. Dann werden an persönliche Ausgaben 89,622 Thlr., darunter 26,160 als „künftig wegfallend“ genehmigt, 300 Thlr. aber ins Extraordinarium verwiesen und dort abgelehnt.

Die sachlichen Ausgaben unter Titel 10 werden mit 530 Thlr. genehmigt, 120 Thlr. werden ins Extraordinarium gesetzt und abgelehnt.

Zu Tit. 2 (Befolgungen der höheren Truppenbefehlshaber) hat die Commission den Antrag gestellt: Das Haus wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß die königl. Staatsregierung eine anderweite Eintheilung der Armee beschließen und dabei die Zahl der höheren Truppenbefehlshaber beschränken werde. Der Regierungs-Commissar Oberst v. Bose ersucht das Haus in einigen Worten, diesen Antrag abzulehnen. Abg. Stavenhagen für den Antrag. Die Eintheilung der Armee-corps — zwei Divisionen zeige sich als unaltbar, sobald man vor den Feind komme, und dann einer Avantgarde, eines Gros und einer Reserve bedürfe. Die Gliederung in 1. und 2. sei die schlechteste, die es gebe. Nachdem der Regierungs-Commissar einige Worte replirt und Abg. Stavenhagen auf die musterzünftige tactische Eintheilung der „glorreichen Zeit“ der Befreiungskriege verwiesen hat, wird der Antrag der Commission mit großer Majorität angenommen. Nachdem wird das Gehalt des Divisions-Commandeurs der Garde-Cavallerie mit 5416 Thlr. ins Extraordinarium verwiesen und dort abgelehnt, dagegen der Titel 11 mit einem Abschluß von 398,966 Thlr. (darunter 108 Thlr. künftig wegfallend) genehmigt.

Bei Tit. 18 Ingenieur-Corps. Persönliche Ausgaben hat die Commission beantragt 22,311 Thlr. als zur Reorganisation gehörig zu streichen. Der Commissionsantrag wird angenommen.

Zu Tit. 20: „Gehälter und Löhnung der Truppen“ Abschnitt I „Infanterie“ beantragt die Commission, „die Erwartung auszusprechen, daß die königl. Staatsregierung die Truppen des Garde-Corps in ihrer Stärke und in ihren Competenzen den Einientruppen gleichstellen werde“. Der Kriegsminister macht im Interesse der Regierung darauf aufmerksam, daß die Ausführung dieses Antrags auf große Schwierigkeiten stoßen würde; er könne in diesem Augenblick nicht versprechen, daß der auszusprechenden Erwartung entsprochen werde. — Der Commissionsantrag wird mit sehr großer Majorität an-

genommen. Ebenso der fernere Antrag „die Erwartung auszusprechen, daß die Königl. Staatsregierung die etatsmäßigen Stabsoffiziere der Infanterie in Wegfall bringen werde“.

Bei Abschnitt II. „Cavallerie“ spricht Abg. v. Puel gegen weitere Verminderung dieser Waffe durch Veräußerung der geforderten Mittel. Die Staatsregierung habe nach dem richtigen Grundsatz, daß die Qualität die Quantität ersetze, die Cavallerie bereits nach Möglichkeit (Wegfall der Landwehr Cavallerie) vermindert.

Bei den folgenden Positionen desselben Titels werden die Commissions-Anträge überall genehmigt, das Vincke (Stavenhagen)ische Amendement abgelehnt (mit den bekannten Majoritäten.)

Schluß der Sitzung 3 Uhr.

Berlin, 20. September.

In der heutigen 51. Sitzung des Abgeordnetenhauses kam das Pachtgesetz zum dritten Male zur Verhandlung. Es handelt sich lediglich um §. 7 (Wiederherstellung der Pachtspflicht in Ausnahmefällen), den dies Haus zweimal verworfen, das Herrenhaus zweimal wieder hergestellt hat. Abg. v. Vincke und Genossen haben ein Amendement eingebracht, welches eine präzisere Fassung herstellt. Abg. v. Rönne (Solingen) bekämpft die Bestimmung in jeder Form. Nach mehreren Ausführungen des Abg. v. Vincke, des Ministers des Innern und den Schlussworten des Referenten von Rönne wird ein Unteramendement des Abg. André eingebracht und die Diskussion wiedereröffnet. Schließlich wird §. 7 in allen Fassungen verworfen, und das Gesetz ohne denselben angenommen. — Darauf wird in Beratung des Militär-Etats fortgefahren. Am Ministertische ist nur von Roon mit 4 Commissarien. Eine Reihe von Positionen wird ohne Zwischenfälle nach den Commissionsanträgen erledigt. Bei den Titeln über Serbis- und Garnisonverwaltungswesen macht der Abg. Stavenhagen darauf aufmerksam, daß die neugebauten Kasernen nicht in Verbindung ständen mit der Reorganisation, da ein großer Theil der Armee noch nicht kasernirt sei. Hier werden gegen den Commissionsantrag die Regierungsvorlagen genehmigt, da die Fraction Bockum-Dolffs dafür stimmt. Um 1½ Uhr erscheint der Finanzminister v. d. Heydt. (Großes Aufsehen.) Der Minister verweilt nur kurze Zeit im Hause. Zu Erörterungen führt der Commissions-Antrag auf Umwandlung der Cadetteninstitute in Gymnasien und Realschulen mit Alumnen unter Aufsicht des Unterrichtsministers. Der Reg.-Commissar Oberst v. Mlech (Commandeur sämtlicher Cadettenhäuser) rechtfertigt in längerer Rede das Fortbestehen der Cadettenanstalten, er giebt einen Rückblick auf ihre Entstehung und Geschichte, nennt die namhaften Militärs, welche daraus hervorgegangen, beleuchtet ihre Bestimmung als aristokratische Institute und ihre wissenschaftliche Leistungsfähigkeit. Der Redner wird wiederholt durch Widerspruch und Gelächter der Linken unterbrochen. Nach der Rede des Reg.-Commissars wird der Schluß beantragt und angenommen. Die Commissionsanträge werden mit großer Majorität angenommen. Dies Resultat wird bei allen folgenden Positionen und Commissionsanträgen bis zum Schluß des Berichtes erzielt. Nächste Sitzung Montag.

## Kundschau.

Berlin, 20. September.

Wir erfahren, daß Se. Majestät der König in die vom Minister v. d. Heydt erbetene Entlassung nicht gewilligt und der Minister sich wiederum den Anschauungen seiner Collegen angeschlossen hat. Für die nächsten Tage und bis die Unterhandlungen mit Frn. v. Bismarck-Schönhausen zum Abschluß gelangt sind, bleibt Alles im status quo und dafür hat sich auch in der gestrigen Staats-Ministerial-Sitzung der Kronprinz ausgesprochen.

## Locales und Provinzielles.

Danzig, den 22. September.

Die am Sonnabend im Lokale der Kunstschule stattgehabte General-Versammlung der „Friedensgesellschaft für Westpreußen“ hatte außer dem gewöhnlichen der jährlichen Bewilligung von Unterstützungen an ausgezeichnete junge Leute zu ihren Studien in Wissenschaft und Kunst, auch noch ein ungewöhnliches Interesse durch die Erledigung einer wichtigen Prinzipienfrage. In der August-Sitzung war beschlossen, daß der von Herrn Dr. Pinflo gestellte Antrag die Unterstützung von der Gesellschaft auch den Nicht-Christen zugänglich zu machen, und in §. 1. der Statuten das Wort „christlich“ vor „Knaben und Jünglinge“ zu streichen, in dieser September-Sitzung zur Debatte und Erledigung gebracht werden sollte. Der Besuch war leider nicht so zahlreich, wie man bei der Seltenheit der Versammlungen und bei der Wichtigkeit der diesmaligen hätte erwarten dürfen. Von den 25 Anwesenden stimmten prinzipiell (ohne Präjudiz für die Erteilung der Mit-Eigentums-Rechte) 16 für die Streichung des Wortes „christlich“, 8 dagegen, eine Stimme wollte sich gar nicht entscheiden. Hinsichts der Eigentums-Rechte aber wurde nach länger und ausführlicher Erörterung mit 24 gegen 1 Stimme festgesetzt: daß alle bis zum 3. August 1862 der Gesellschaft zugeflossenen Stiftungen, Legate, Beiträge und sonstige Zuwendungen auf Grund der Original-Statuten als lediglich für christliche Benefizianten gegeben, die künftigen Beiträge und sonstigen Zuwendungen jedoch, falls es bei den letzteren nicht vom Geber ausdrücklich anders bestimmt wird, zur Vertheilung an junge Leute jeder Confession ohne Unterschied, nur mit Rücksicht auf ihre Würdigkeit und Bedürftigkeit kommen sollen. — Das Vermögen der Gesellschaft beträgt gegenwärtig (ausser den ca. 600 Thln. jährlicher Beiträge) 17,500 Thlr.; darunter das bedeutende Legat von Richard Cowle in Elbing, mit 10,000 Thln., jetzt durch Zinsen

und Zuwachs anderer Art 15,000 Thlr. betragend; ein Legat von Jak. Kabrun mit 500 Thln., eins vom Ober-Bürgermeister v. Weichmann (1857) mit 300 Thln., eins vom Schillerfest der Litterar. Gesellschaft (1859) mit 160 Thln. und eins vom Justizrath Martens (gleichzeitig) mit 100 Thln. Ein bedeutendes Legat steht nächstens in Aussicht. — Zum diesmaligen Concurse hatten sich 31 junge Männer gemeldet und unter Einwendung von Proberarbeiten zur Beurtheilung ihrer Leistungen und Befähigung in Wissenschaft oder Kunst theils Verlängerung der bisherigen Unterstützungen, theils zum ersten Male solche beanprucht. Von ihnen wurde die kleinere Hälfte wegen Mangelhaftigkeit ihrer eingereichten Proben theils wegen äußerer maßgebender Umstände abgewiesen, an 18 aber die disponible Summe von 1150 Thln. in Raten von 50, 75 und 100 Thln. ertheilt. Unter den gegenwärtigen Stipendiaten befinden sich 1 Theologe, 1 Jurist, 5 Mediziner, 3 Philosophen (Philologen, Mathematiker, Physiker), ferner 2 Techniker 4 Maler, 1 Bildhauer, 1 Xylograph.

Zu dem morgigen Schauturnen der zu diesem Zwecke combinirten Turnvereine Danzig's in dem festlich decorirten Circus auf dem Heumarkt ist ein großer Begehren nach Billets; es läßt sich daraus auf einen sehr zahlreichen Besuch dieser interessanten Exercitien der vollen Manneskraft schließen.

Die Proben zu dem großen Männergesangs-Concerte im Circus, den die Herren Zimmermeister Hoffmann und Unterlauff auch zu diesem Zwecke mit großer Liberalität unentgeltlich bewilligten, haben ihren guten Fortgang; das Concert wird noch um einige Tage verschoben, theils der noch gründlicheren Uebung wegen, theils wegen eines nicht unwesentlichen Umbaues im Circus, den die musikalische Benutzung erfordert. Die Terrasse, dem Eingange gegenüber, wird zu einer amphitheatralischen Estrade für Sänger und großes Orchester eingerichtet, die Arena aber mit numerirten Sitzen gefüllt sein, während die sonstigen numerirten Plätze zu dem sog. ersten Plage gezogen werden. An geschmackvoller Decoration wird es auch nicht fehlen, und das Publikum darf sich einen nicht gewöhnlichen Genuß versprechen.

Der Dieb, welcher das sauer erworbene Eigenthum des Musikdirector Grauzin gestohlen, hat 9 Schlüssel der Thüren und Schließladen des Schreibzimmers und der Komode erbrochen, ehe er das Blechkästchen mit den Werthpapieren, dem baaren Gelde und den Silberfachen aufgefunden hat.

Der Vorstand der Schullehrer-Sterbekassen wird am nächsten Mittwoch eine Versammlung halten.

Seit der Mitte der vorigen Woche ist die Dentler'sche Leihbibliothek (3. Damm No. 13.) geöffnet. Dieselbe befindet sich in einem großen geschmackvoll decorirten Saal und bietet eine bedeutende Auswahl. Sie besitz in derselben nicht nur die besten älteren und neueren Unterhaltungsschriften, sondern auch wissenschaftliche Werke von hervorragendem Werthe.

Die Domainen Subkau und Rathshube bei Dirschau sollen auf's Neue verpachtet werden und zwar für den Zeitraum von 18 Jahren.

Der in Elbing für Amsterdamer Weberei erbaute und am 12. d. Mis. zum ersten Male von Pillau aus in See gegangene Dampfer „Phönix“ (Kapitain G. Klimmang) ist Mitleidungen von Reisenden zufolge bei Cöslin gesunken.

## Stadt-Theater.

Die Aufführung der Mozart'schen Oper „Figaro's Hochzeit“, welche gestern in unserm Stadt-Theater stattfand, hatte ein überaus zahlreiches Publikum versammelt. Alle Ränge waren gedrückt voll. Dazu hatten Viele, die gerne den Abend im Theater zugebracht hätten, wegen Mangels an Raum nicht mehr Einlaß gefunden. Man sieht hieraus, ein wie großes Vertrauen zu den neu engagirten Opernkünstlern unseres Theaters sich in kürzester Zeit unter dem Publikum gebildet. Indessen war denn auch die gestrige Aufführung in jeder Beziehung ein wahres Fest für die Zuhörer auf den verschiedenen Rängen und Bildungsstufen. Darin liegt aber auch das Eigenthümliche eines jeden achtigen Kunstwerkes, daß es Keinem, der gesunde Sinne und ein süßendes Herz in der Brust hat, seinen Zauber verschließt, daß es vielmehr wie das Licht der Sonne aus seinem innersten Leben heraus Jedem, der ihm geistesverwandt ist, erbebt und belebt und die ergreifendste Wechselwirkung der Gefühle und Gedanken hervorruft. In Mozart's „Le nozze di Figaro“ zeigt sich dies in unvergleichlicher Weise. Die Fülle, Wärme und Klarheit, welche in den Tönen dieser Oper herrschen, versehen Geist und Gemüth in eine Stimmung, in welcher man kaum noch den Druck der irdischen Schwere empfindet und gleichsam losgelöst von den Banden der Alltäglichkeit wie in unbegrenzter Heiterkeit eines seligen Lichtreichs träumt. Es ist in dieser Oper allerdings noch nicht der volle strahlende Tag des Mozart'schen Genies angebrochen, wie er in dem Don Juan leuchtet; aber es zeigt dies Werk den Entwicklungsprozeß desselben in den allerkleinsten Zügen und das regungsvolle treibende Leben der Keime ist gleich den ersten Strahlen des Morgenroths eine stille und sanfte Feier der Seele. Eine bekannte Sache ist, daß zu verschiedenen Zeiten Moralisten an Mozart's „Le nozze di Figaro“ sehr viel Ausstellungen zu machen gehabt; es sind aber stets Moralisten von der schlechtesten Sorte gewesen; in dessen haben sich ihre Ausstellungen auch in der Regel nur auf das Libretto bezogen, und ihre Schmähungen haben mehr dem Verfasser desselben, als dem Tonsetzer gegolten. Was dieses anbelangt, so hat er gerade in dieser Oper eine Reinheit des Gemüths und eine Hoheit der Seele an den Tag gelegt, deren sich wenige Sterbliche zu rühmen vermögen. — Zu läugnen ist allerdings nicht, daß das Libretto, welches nach dem berühmten Puffspiel von Beaumarchais verfertigt worden ist, viel Anlaß giebt, schlüpfrige Pfade zu beschreiten; doch Mozart hat solche liberal mit der Reinheit und Klarheit eines achten Genies vermieden, und ist auf der Lichtbahn mit voller Sicherheit einhergeschritten. Die Aufführung, welche dem genialen Werte gestern auf die Bühne unseres Stadt-Theaters zu

Theil wurde, war eine gelungene. Den Figaro gab Herr Emil Fischer. Die Fertigkeit des Künstlers im Gesange wie im Spiel brachte die Rolle zur einschlagendsten Wirkung und war ein Glanzpunkt der ganzen Vorstellung. Die Gräfin des Fräul. Hilgerth entzückte das Publikum insbesondere durch den musikalischen Theil der Rolle. Hr. Funke fand sich mit dem Grafen Almaviva recht gut ab und Frl. Krebs war eine ganz vortreffliche Susanne. Gleichfalls gaben Hr. Jary (Bartolo), Frau Dill (Marzelline) und Frl. Hofrichter (Cherubim) ihre Rollen sehr brav. An reichen Beifall und Hervorruf fehlte es den Vertretern der Hauptrollen nicht. Hoffentlich wird die Oper in dieser vorzüglichen Besetzung in kürzester Zeit wiederholt werden.

## Die Angelegenheit des Stadt-Lazareths.

Wann und wo hätten wichtige Angelegenheiten eines Instituts, das ein Asyl für die armen Kranken — eine Stätte der Wirksamkeit hilfreicher Menschenliebe und der Barmherzigkeit ist, nicht die lebhafteste Theilnahme aller denkenden und süßenden Menschen gefunden, die zu demselben irgendwelche Beziehung haben! Es liegt in der Natur der Sache, daß ein derartiges Institut ein Gegenstand der ganz besonderen Aufmerksamkeit und Theilnahme der ihm nahe stehenden Bevölkerung ist. Die bekannte Angelegenheit unseres städtischen Lazareths liefert dafür ein schlagendes Beispiel. Unsere Bevölkerung blickt auf den Ausgang derselben mit der größten Spannung. Um so mehr wird die auf dieselbe bezügliche Interpellation des Herrn Stadt-Verordneten S. C. Krüger in der letzten Stadt-Verordneten-Sitzung von tief greifendem Interesse für sie gewesen sein. Denn unzweifelhaft ist dieselbe für die Lösung der brennenden Lazarethfrage von der größten Bedeutung. Wie es den Anschein hatte, nahm die Stadt-Verordneten-Versammlung noch vor Kurzem einen Standpunkt ein, demzufolge die Uebelstände, welche in demselben vorhanden sein sollten, von Uneingeweihten in Abrede gestellt werden mußten. Indem nun aber die Versammlung sich zu der Krüger'schen Interpellation mit einer imponirenden Majorität bekannte, hat sie bewiesen, daß sie diesen Standpunkt in der That nicht so bestimmt einnimmt, wie man glaubte, daß sie vielmehr das Bestehen von Uebelständen vermuthet, welche die Verlängerung der Krankheit, Siechthum, Verkrüppelung und nicht selten den Tod der Kranken zur Folge haben. Es ist von Herrn S. C. Krüger an den Magistrat die Frage gerichtet, ob er von den Uebelständen Kenntniß gehabt und warum an die Stadt-Verordneten keine Anträge des Magistrats zur Abstellung derselben gerichtet seien.

Ueberblicken wir die Vergangenheit des Lazareths, so sehen wir, daß in den letzten vier Jahren drei Revisionen der Staatsbehörden im Lazareth stattgefunden haben:

- 1) im Jahre 1858 durch die Königl. Regierung in Person des Medicinal-Rathes Dr. Schaper,
- 2) im Jahre 1860 durch das Königl. Ministerium in Person des Herrn Geheimen-Rathes Dr. Esse;
- 3) im Jahre 1861 durch die Königl. Regierung in der Person des Medicinal-Rathes Dr. Reber. Bei diesen Revisionen ist eine große Zahl wesentlicher Uebel vorgefunden worden, welche den Herren Vorstehern des Lazareths und den städtischen Behörden nach jeder einzelnen Revision behufs der Abstellung angegeben sind. Es sind bei den Revisionen die Oberärzte des Lazareths beauftragt gewesen und haben so jedes Mal Gelegenheit gehabt, ihre Anforderungen und Ausstellungen actenmäßig festzustellen.

Bei der Revision durch den Herrn Geheimen Rath Dr. Esse sind von den Herren Oberärzten Dr. Stich und Dr. Pohl alle Forderungen, welche sie für nöthig hielten, detaillirt und in einem viele Bogen umfassenden Promemoria zusammen gestellt. Das Promemoria ist zu den Acten gegeben. Diese Acten befinden sich seit langer Zeit in den Händen des Magistrats. Es ist daher die Befürchtung, der Magistrat sei von den Mängeln des Lazareths und von den Anforderungen der Oberärzte nicht unterrichtet, mit den bekannten Thatsachen nicht zu vereinigen. Wir erfahren in der Stadt-Verordneten-Versammlung selbst durch die aus dem Revisionsbescheide der Königl. Regierung verlesenen Stellen, daß der Magistrat seit länger als einem halben Jahre auch speziell darüber von der Königl. Regierung in Kenntniß gesetzt worden ist, „daß Lazarethbrand und Eiterungsfieber im Lazarethe keine Seltenheiten seien.“ — Das Resultat der Uebelstände war dadurch in dürren Worten zur Kenntniß des Magistrats gebracht. Im Schooße der Stadt-Verordneten selbst ist durch ein gedrucktes und verheiltes Scriptum des Herrn Stadt-Verordneten Dr. Bredow in einer gewiß ergreifenden Weise auf die großen localen Schädlichkeiten des Lazareths und auf die tödtlichen Folgen derselben unumwunden aufmerksam gemacht; auch von dieser Seite also mußte die fragliche Angelegenheit zur Kenntniß des Magistrats gelangt sein. Endlich hat die Presse schon im Jahre 1860 durch viele auf die einzelnen Details eingehende Artikel die Angelegenheit beleuchtet. Wir erinnern an die betreffenden Aufsätze der „D. Z.“ aus jener Zeit. Später veröffentlichte Prof. Schneewogt, Director des Krankenhauses zu Amsterdam, eine Kritik über das hiesige Lazareth. Es zeigte diese Kritik eine große Sachkenntniß und enthielt die besten Fingerzeige, wie den Uebelständen abzuhelfen sei. Es dürfte daher wohl feststehen, daß die Uebelstände des Lazareths dem Magistrat nicht unbekannt geblieben. Eine traurige Bemerkung drängt sich Einem je mehr auf, nämlich: die Angelegenheit wird leider nicht, wie es der Ernst der Uebelstände erfordert, rein sachlich aufgefaßt; es markiren sich persönliche Bestrebungen. Kann es bestritten werden, daß dieselben Personen, die noch vor Kurzem auf das Publikum einzuwirken suchten, indem sie behaupteten, die Uebelstände wären überhaupt nicht vorhanden; sie seien aus der Luft gegriffen und nur herauf beschworen, um Conflict zu erzeugen, daß diesel-

